Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 185 (2019)

Heft: 4

Rubrik: International Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Norwegen

Gegen sich selbst

Dass während des grössten NATO-Manövers der letzten Jahre, das Ende 2018 in Norwegen durchgeführt wurde, mittel GPS-Jamming grosse Störaktionen durch Russland vorgenommen wurden, liegt in der Natur der Sache und militärischen Übungen zu Grunde. Nun wird aber klar, dass das NATO-Land Norwegen mit massiven internen Problemen bei seinen Streitkräften kämpft. Aus dem Allianz-Hauptquartier kommt unmittelbar nach der Münchner Sicherheitskonferenz der Aufruf, in Oslo endlich mehr Geld für die eigenen Streitkräfte bereitzustellen, bemerkenswert: der NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg war früher norwegischer Ministerpräsident. Zudem legen interne Untersuchungen die weitverbreitete Duldung von sexuellen Übergriffen und Vergewaltigungen offen (160 Angehörige meldeten einen Vorfall und 44 Soldaten eine Vergewaltigung).

Bild: Forsvaret

Unter Beschuss: norwegische Soldaten beim Sprengen.

Ein gesunkenes Kriegsschiff modernster Klasse, die KNM Helge Ingstad, lag von November bis Ende Februar in der Nähe von Bergen auf Grund. Es soll so rasch als möglich ersetzt werden, ebenfalls sollen Tankflugzeuge für die neuen F-35-Kampflugzeuge beschafft werden. Hohe Militärs erklären, dass die Streitkräfte wachsen müssten, damit sich das Land an seine Verpflichtungen halten kann. Der norwegische NATO-Verbindungsoffizier, Vizeadmiral Ketil Olsen, wird daher deutlich: «Trident Juncture zeigt es allen klar auf, wir können unseren Teil zum Ganzen nicht wirklich beitragen, wenn unsere militärische Kapazität bereits erschöpft war, bevor die eigentliche Übung begann. Eine Armee muss mehr können, als nur die Rahmenbedingungen abzustecken. Wir hatten nur noch wenig Truppen zum Kämpfen.» Deshalb, so Olson, «müssen wir robuster werden, uns als glaubwürdige Kraft erweisen und der Bevölkerung Sicherheit geben.» Ein erster Beitrag könnte die Erhöhung der kampfbereiten Bataillone sein, es war offensichtlich der falsche Weg, diese erst kürzlich von drei auf zwei zu reduzieren. Aus diesem Grund will das Land nun bis 2024 sein Verteidigungsbudget von 1,6% auf 2% des BIP erhöhen.

Grossbritannien

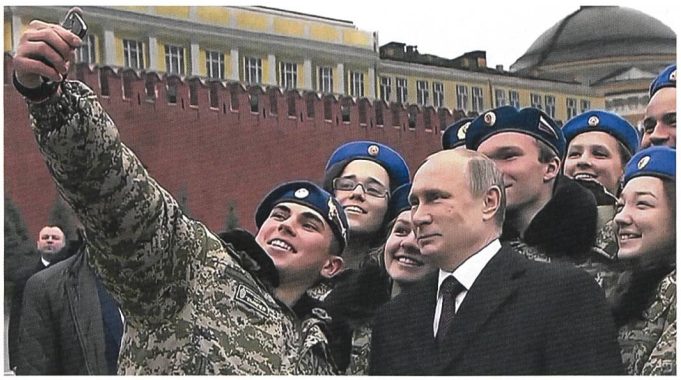
Kampf den Kilos

Eine Milizarmee sei das Abbild der Gesellschaft. Nun kämpft Englands Profitruppe gegen sich selbst. Eine von den Streitkräften veranlasste Untersuchung ergab, dass nahezu 18000 Angehörige der britischen Armee klinisch fettleibig sind, also an Adipositas leiden, weitere 30000 sind stark übergewichtig. 398 Soldaten leiden an Diabetes Typ-2 und 160 Personen wurden Diätpillen verschrieben. 16 Soldaten erhielten eine Fettabsaugung, um wieder zur Idealfigur zu finden. Gesamtbestand: knapp 150000 Mann. Im House of Lords, dem Oberhaus des britischen Parlaments, wurde deshalb schon einmal vorsorglich über allenfalls damit verbundene Modifizierungen von Kriegsgerät debattiert. Lord McColl of Dulwich gab sich skeptisch und fragte danach, ob Schleudersitze der Kampfjets und Schotten der Marineschiffe verbreitert werden müssen. Eine Sprecherin des Verteidigungsministeriums entgegnete: «Unser Personal ist verpflichtet, die anspruchsvollen Fitnesstests zu bestehen. Und diejenigen, die nicht bestehen, werden mit Diät- und Fitnessberatung versorgt, um ein gesundes Gewicht zu erreichen und dieses auch halten zu können.» Problematisch dabei, ab April dieses Jahres wird ein neuer Fitnesstest eingeführt, bei dem es nur noch Noten zwischen 1 und 10 und damit verbunden Empfehlungen zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit gibt. Also kein «erfüllt» oder «nicht erfüllt». Ein ehemaliger Truppenkommandant mit Afghanistanerfahrung, Oberst Richard Kemp, spricht Klartext und fordert deshalb das Verteidigungsministerium auf, fettleibige Soldaten zu entlassen, auch wenn das auf den Gesamtbestand der Armee einen negativen Effekt hat: «Es ist teuer und unehrlich, Truppenangehörige im Dienst zu behalten, die in einem solchen Zustand sind. Sie sind in Kampfhandlungen eine Ge-

Es wird für viele streng: neuer Fitnesstest. Bild: army.mod.uk

fahr für sich und alle anderen. Es ist einfach nur peinlich, Soldaten in solch einem schlechten körperlichen Zustand in Uniform zu sehen.» Seit 2012 wurde 20 Soldaten auf Grund ihres Übergewichts gekündigt. Die Fettleibigkeit trifft derzeit am meisten das Heer (8662), insgesamt ist sie dort fast gleich hoch wie bei der Royal Navy (4666) und Air Force (4274) zusammen. Einer der Gründe, zwei Drittel der englischen Teenager sind zu dick, um später als Rekruten zu fähigen Soldaten ausgebildet zu werden. Geprüft wird deshalb auch eine Verlängerung der Grundausbildung.

Russland



Njet! Selfies sind ab sofort verboten. Bild: ruptly.tv

Selfieverbot beim Militär

Die Duma hat ein Gesetz erlassen, das Soldaten den Gebrauch von privaten Smartphones und Tablets sowie allen Geräten, die eine Verbindung ins Internet herstellen können, im Dienst verbietet. Damit will Russlands Militär den Abfluss von sensiblen Informationen ins Internet und besonders in die sozialen Medien verhindern. Dieser in der letzten Februarwoche verabschiedete Gesetzesentwurf formalisiert vom Verteidigungsministerium eiligst verfasste Weisungen und untersagt nun den Soldaten Videos, Fotos, Geolokalisierungsdaten und grundsätzliche Informationen zu einem selbst, seiner Familie sowie Dienstkameraden und deren Angehörigen online zu stellen. Auslöser für die plötzliche Eile des Gesetzgebers waren kürzlich erschienene Berichte sowohl über die Kampfhandlungen in der Ukraine als auch den Syrienfeldzug. Dabei ging es vor allem darum, dass die aus «Open Source» Quellen gewonnen Informationen meist den offiziellen Aussagen des Kremls widersprachen.

Von offizieller Seite heisst es hingegen, dass man sich damit vor ausländischen Geheimdiensten schützen will. Vladimir Bogodukhov, ein Mitglied des Militärkomitees der Duma meinte dazu: «Wir sind wehrlos, solange unsere Informationen nicht vor unseren sogenannten Partnern geschützt sind. Das Ziel dieser Gesetzgebung ist es nicht, das Leben von Soldaten zu verkomplizieren, sondern deren Schutz vor feindlicher Gefährdung zu gewährleisten.» Besonders russische Social Media Dienste wie VKontakte oder Odnoklassniki erlaubten es Investigativjournalisten und Online-Plattformen wie Bellingcat, teilweise in Echtzeit, Truppenbewegungen und militärische Operationen in der Südukraine zu verfolgen. Dies, obwohl Russland wiederholt behauptete, mit seinen Streitkräften nicht in dieser Region anwesend zu sein.

Südkorea / USA

USA und Südkorea verzichten auf gemeinsames Grossmanöver

Die USA und Südkorea verzichten auf ihr jährliches gemeinsamen Grossmanöver und kündigten eine neue «abgeänderte» Militärübung an. Das neuntägige Manöver solle weitgehend defensiver Natur sein, sagte ein Vertreter des südkoreanischen Militärs.

Die USA und Südkorea verzichten auf ihre von Pjöngjang scharf kritisierten gemeinsamen Grossmanöver, wie das südkoreanische Verteidigungsministerium mitteilte. Washington und Seoul wollen so die diplomatischen Bemühungen um eine Denuklearisierung Nordkoreas unterstützen.

Die Ankündigung der Grossmanöver-Einstellungen bedeutet das vorläufige Ende der jährlich zusammen mit den USA durchgeführten Übungen «Foal Eagle» und «Key Resolve».

Nach Angaben des Pentagon verständigten sich US-Verteidigungsminister Patrick Shanahan und sein südkoreanischer Kollegen Jeong Kyeong Doo in einem Telefonat auf den Schritt.

Ziel sei es, die Verhandlungen über eine Beendigung des nordkoreanischen Atomprogramms voranzutreiben und zum Abbau der militärischen Spannungen beizutragen, erklärte das südkoreanische Verteidigungsministerium.

Zugleich kündigten die USA und Südkorea eine neue «abgeänderte» Militärübung an. Das neuntägige Manöver solle weitgehend defensiver Natur sein, sagte ein Vertreter des südkoreanischen Militärs. Wie viele Soldaten daran teilnehmen, blieb zunächst unklar.

Die USA und Südkorea halten seit Jahren gemeinsame Grossmanöver ab. Nordkorea betrachtet diese als Provokation und Vorbereitung einer Invasion. «Foal Eagle» war das grösste gemeinsame Manöver der beiden Verbündeten. In der Vergangenheit beteiligten sich 200 000 südkoreanische Soldaten und rund 30 000 US-Einsatzkräfte daran. Die Übung «Key Resolve» wurde grösstenteils am Computer simuliert.

Die Ankündigung zur Beendigung der Militärmanöver erfolgte kurz nach dem zweiten Gipfel zwischen Trump und dem nordkoreanischen Machthaber Kim Jong Un.

Sahel

Düstere Aussichten für 2019

Islamistische Rebellengruppen und interethnische Konflikte waren die Hauptgründe für die Instabilität in der Sahelzone im 2018. Das gesamte Tschadbecken wird weiterhin durch einen Aufstand von Boko Haram, Al-Qaida, dem Islamischen Staat und vielen mehr destabilisiert; mehrere Orte wurden bis Ende Januar von Milizen überrannt, darunter einmal mehr die nordostnigerianische Stadt Baga mitsamt ihrer Garnison. Obschon der nigerianische Präsident Buhari bereits 2015 den «technischen» Sieg über Boko Haram verkündete, muss im 2019 mit einer weiteren Ausbreitung der Organisation bis weit über die Grenzen hinaus gerechnet werden. In Burkina Faso breiten sich die Dschihadisten im ganzen Land aus, die Regierung kann nur mit Mühe für Ordnung und Sicherheit sorgen. Mali bleibt der überregionale Hotspot. Besonders im Zentrum und dem Norden des Landes werden anhaltende dschihadistisch motivierte Übergriffe auf die inter-

nationalen Militärpräsenzen, aber vor allem auch auf die Zivilbevölkerung, das Land weiterhin destabilisieren. Religiös motivierte Gewalt scheint zunehmend auch einen negativen Effekt auf interethnische Konflikte und kriminell motivierte Taten zu zeigen. Besonders in Nigeria und Zentralmali bekämpfen sich immer öfters diverse Volksgruppen mit bislang ungekannter Gewaltintensität. Die Regierungen der Länder sind nach jahrelangen Konflikten nicht mehr in der Lage, grundlegende Strukturen zu definieren, einfachste politische Fragen zu lösen und beispielsweise den Zugang zu Ressourcen sicherzustellen. Insbesondere der Klimawandel trägt seinen Teil zum Problem bei, wenn traditionelle Nomaden- oder Halbnomadenstämme grenzübergreifend nach neuen Zugängen zu Wasser und Nahrung suchen. In Zukunft wird das Fehlen politischer Lösungen sowohl für dschihadistische Aufstände als auch für interethnische Gewalt im gesamten Sahel ein Umfeld schaffen, welches es ermöglicht, dass sich diese Konflikte stetig ausweiten. Nichtreligiöse Konflikte folgen dabei saisonalen Mustern und werden vom Wettbewerb um Ressourcen, aber vor allem von Vergeltungszyklen begünstigt. Gleichzeitig gelang es islamistisch geprägten Gruppierungen, weite Bevölkerungsteile in vormals von den Regierungen marginalisierten oder von staatlichen Strukturen abgeschnittenen Gebieten zu erreichen, was letztendlich sowohl die Häufigkeit als auch die geografische Ausdehnung der Rebellentätigkeit im gesamten Sahel begünstigen wird.

Hilfsgüterverteilung an Vertriebene im Norden Nigerias. Bild: IOM

China

Huawei ist gut – Huawei ist schön

China setzt Staatspropaganda zu Gunsten von Huawei ein. Das Resultat ist ein Propagandavideo, das viele für bizarr halten.

«Welches Telefon ist das schönste auf der Welt? Jeder sagt, es ist Huawei! Der Akku hält lang und das Design ist toll, Chips aus China sind am wertvollsten!». So lautet der erste Vers eines Videos, das von Staatsmedien in Umlauf gebracht wurde und derzeit auf chinesischen sozialen Netzwerken die Runde macht.

Auf Weibo und anderen Plattformen machen sich zahlreiche Nutzer darüber lustig. In dem Clip singen etwa 20 Kinder über ihre Hingabe zum Elektronikkonzern Huawei. Das Lied, dessen Titel sich in etwa mit «Schönheit Huawei» übersetzen lässt, sorgt aber auch ausserhalb der Volksrepublik für Stirnrunzeln.

«Huawei ist gut, Huawei ist schön. Huawei macht mich klüger. Der Lehrer bringt mir bei, mein Land zu lieben. Smartphones aus der Heimat, liebt Huawei!», setzt der Song im ersten Refrain fort. In weiterer Folge sollen auch direkte Referenzen auf politische «Leitgedanken» von Staatspräsident Xi Jinping enthalten sein.

Laut lokalen Quellen soll an dem Text ein wichtiger Komponist der Gesangs- und Tanztruppe der chinesischen Armee mitgearbeitet haben. Das wäre insofern von Interesse, als dass Huawei selbst trotz der Militärvergangenheit seines Gründers Verbindungen zur Armee vehement bestreitet.

Huawei selbst gibt allerdings gegenüber Reuters an, nicht in der Produktion des Videos involviert gewesen zu sein. Laut Abspann wurde es von einem staatlich finanzierten «Aktivitätszentrum für Frauen und Kinder in Zhuhai» umgesetzt.

Indien / Pakistan

Scharmützel an der Grenze

Inmitten der neuen Spannungen zwischen den beiden Atommächten Indien und Pakistan sind bei Feuergefechten im Grenzgebiet von Kaschmir nach einer neuen Bilanz mindestens sieben Menschen getötet und zehn weitere verletzt worden. Diese trugen sich anfangs März zu.

Im indischen Teil der Konfliktregion seien eine 24 Jahre alte Frau und ihre beiden Kinder durch Artilleriebeschuss ums Leben gekommen, teilte ein Sprecher der indischen Polizei mit. Der Vater sei schwer verletzt worden. Durch pakistanischen Beschuss habe es zudem sieben weitere Verletzte gegeben, hiess es in Medienberichten.

Im pakistanischen Teil Kaschmirs seien ein Bub und ein weiterer Zivilist sowie zwei Soldaten getötet und zwei weitere Menschen verletzt worden, teilten pakistanische Sicherheitskräfte mit. Die Armeen der verfeindeten Nachbarn hatten immer wieder an verschiedenen Stellen über die De-facto-Grenze zwischen den von beiden Ländern jeweils kontrollierten Teilen Kaschmirs geschossen.

Die indischen Behörden übergaben zudem die Leiche eines Pakistaners, der nach pakistanischen Angaben am 20. Februar in einem indischen Gefängnis von Mithäftlingen erschlagen worden war. «Indien hat den pakistanischen Häftling nicht ausreichend geschützt, warf der pakistanische Aussenminister Mehmood Qureshi dem Nachbarland vor.

Die Spannungen zwischen den beiden atomar bewaffneten Ländern hatten sich zugespitzt, nachdem am 14. Februar 40 indische Sicherheitskräfte bei einem Bombenanschlag im indischen Teil von Kaschmir getötet worden wa-

ren. Die islamistische Terrorgruppe Jaish-e-Mohammed hatte die Tat für sich reklamiert. Indien wirft Pakistan vor, nicht ausreichend gegen die Terroristen auf ihrem Territorium vorzugehen.

Ende Februar flog die indische Luftwaffe dann zum ersten Mal seit 1971 einen Angriff auf pakistanisches Gebiet. Pakistan schoss nach eigenen Angaben zwei indische Kampfflugzeuge ab. Ein indischer Pilot, der gefangen genommenen worden war, wurde am Freitag den indischen Behörden übergeben. Beide Länder führten bereits zwei Kriege um das Himalaya-Tal.

USA / Israel

Iron Dome für USA

Das amerikanisches Militär möchte das israelische Raketenabwehrsystem Iron Dome künftig auch selbst nutzen.

Die US-Armee will das mobile Raketenabwehrsystem Iron Dome von Israel kaufen. Das System solle erprobt werden, «um Mitglieder der US-Armee im Einsatz gegen eine Vielzahl von indirekten Schussbedrohungen und Bedrohungen aus der Luft zu schützen», hiess es in einer Stellungnahme der Armee. Es gehe um eine beschränkte Anzahl des Abwehrsystems, um den «kurzfristigen Bedarf» zu decken.

Iron Dome. Bild: imago

Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu, der auch Verteidigungsminister ist, bezeichnete den Kauf als grossen Erfolg für Israel. Das von dem Land entwickelte Abwehrsystem soll vor einem Angriff mit Kurzstreckenraketen schützen.

Entwicklung, Bau und Instandhaltung des Systems hatten die USA in der Vergangenheit mit Hunderten von Millionen Dollar unterstützt. Ein Radargerät erkennt die anfliegenden Geschosse und gibt die Information an einen Raketenwerfer weiter. Der startet eine Abfangrakete, um das feindliche Geschoss möglichst vor dem Einschlag noch in der Luft zu zerstören.

Das mobile System ist seit dem Frühjahr 2011 in Israel im Einsatz. Es kann binnen weniger Stunden verlegt werden. Eine Rakete kostet früheren Angaben zufolge rund 50 000 US Dollar.

Israel setzt das Abwehrsystem regelmässig gegen Raketen mit kürzerer Reichweite ein, die militante Palästinenser aus dem Gazastreifen abfeuern.

Venezuela

UN-Sicherheitsrat uneins

Durch ein doppeltes Veto Russlands und Chinas Ende Februar im UN-Sicherheitsrat ist eine von den USA eingebrachte Resolution zur Lage in Venezuela blockiert worden. In dem auch von Deutschland und anderen europäischen Ländern – nicht aber von der Schweiz – unterstützten Papier werden Neuwahlen sowie die Anerkennung des selbsternannten Interimspräsidenten Juan Guaidó als Staatschef Venezuelas verlangt.

Der russische UN-Botschafter Wassili Nebensja warf den USA vor, mit der Vorlage einen «weiteren Schritt zur Vorbereitung einer nicht humanitären Intervention» gehen zu wollen. Es sei Washington von Anfang an klar gewesen, dass diese Resolution keine Chance auf Annahme haben würde.

UN-Sicherheitsrat. Bild: UN

Die von den USA erzwungene Debatte im Sicherheitsrat solle deshalb nur einen Vorwand für weitere Einmischung in die inneren Angelegenheiten Venezuelas liefern.

Chinas Vertreter Wu Haitao forderte eine friedliche Beilegung der Differenzen in dem südamerikanischen Land. Die Volksrepublik lehne eine Militärintervention und jede Einmischung äusserer Kräfte ab. Chinas Haltung orientiere sich an der UN-Charta und den grundlegenden Prinzipien des Völkerrechts.

Ein von Moskau vorgelegter Gegenentwurf, in dem zum Dialog zwischen Regierung und Opposition in Venezuela aufgerufen wird, wurde im Sicherheitsrat ebenfalls abgelehnt. Walter Lindner, Staatssekretär im deutschen Auswärtigen Amt, warf der russischen Delegation vor, dass ihr Antrag keinen Ausweg aufzeige. Zudem behauptete er, die Aktivitäten der USA und ihrer Verbündeten stellten keine Einmischung und keine Verletzung der UN-Charta dar, wie es im russischen Antrag angedeutet worden sei.

In seiner Ansprache warf Venezuelas Botschafter Samuel Moncada den USA und ihren Verbündeten Zynismus vor. Sein Land sei Opfer von Diebstahl und Ausplünderung geworden. Verantwortlich dafür seien dieselben Akteure, die sich nun als Retter Venezuelas präsentieren wollten.

Pascal Kohler, Henrique Schneider

BUNDESBRIEF MUSEUM

GESCHICHTE UND MYTHOS DER SCHWEIZ

Das Bundesbriefmuseum in Schwyz erklärt die spannende Geschichte der mittelalterlichen Schweiz –

und ihre faszinierenden Mythen.

Freier Eintritt und kostenlose Führungen für Militär in Uniform.

BUNDESBRIEFMUSEUM SCHWYZ
Bahnhofstrasse 20 | CH-6430 Schwyz
T 041 819 20 64 | bundesbriefmuseum@sz.ch
www.bundesbrief.ch

Rezensentinnen und Rezensenten gesucht

Interessierte melden sich bei andrea.grichting@asmz.ch

ASMZ
Sicherheit Schweiz

swiss made
Kompetenz für Schutz und Sicherheit

GENERAL DYNAMICS
European Land Systems–Mowag

PIRANHA

DURO

EAGLE

gdels.com

Defense Solutions for the Future